

Dieter Egli, Regierungsrat

Rede zum Tag der Arbeit 2024 in Lenzburg

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 3. März haben die SP und die Gewerkschaften einen grossen Erfolg eingefahren. Wir haben gezeigt, dass wir nahe bei den Leuten sind. Wir haben ein Thema aufgegriffen, das für ganz viele Menschen akut ist und das sie im Alltag konkret beschäftigt: der Kaufkraftverlust. Bei vielen führt das sogar zu Existenzängsten. Das sind nicht nur Linke. Es sind Menschen, die sich Sorgen machen. Ihnen haben wir gezeigt, dass wir uns für sie einsetzen. Und wir müssen ihnen das auch weiterhin zeigen.

Unsere Botschaft ist einfach: Wir wollen, dass die Menschen, die für Lohn arbeiten, auch genügend Lohn erhalten. So, dass sie ihr Leben leben können – und dass sie die Sicherheit haben, dass das auch morgen und übermorgen noch möglich ist. Dass sie nicht erdrückt werden von Preisen, die immer weiter steigen, und von Krankenkassen-Prämien, die – zum Beispiel für eine Familie – irgendwann nicht mehr bezahlbar scheinen.

Natürlich kenne ich in meinem Amt als Regierungsrat auch die andere Sicht auf dieses Thema: die Sorgen, die man sich um die Kantonsfinanzen macht. Aber auch wenn die Frage nach der Finanzierung berechtigt ist: "Die Kantonsfinanzen" immer wieder als Killerargument gegen soziale Anliegen vorzubringen, ist zwar legitim. Es bringt aber den Menschen gar nichts, die sich wirklich Sorgen um ihr Leben, ihre Sicherheit machen. Es bringt ihnen nichts, wenn ich sage, dass es wichtig ist, dass der Kanton finanziell gut gestellt ist und dass er keine Schulden hat. Ihr tägliches Leben ändert das nicht, und es lindert auch ihre persönlichen Existenzängste nicht. Diese Menschen brauchen Lösungen – wir, die Gesellschaft, der Staat, müssen ihnen Lösungen bieten, so dass sie sich nicht ausgeschlossen fühlen von eben dieser Gesellschaft.

Darum, und weil gleichzeitig das Geld nicht auf den Bäumen wächst, müssen wir immer wieder und auch heute die Frage stellen, wie wir den Staat finanzieren – oder besser und präziser und ehrlicher: wer den Staat finanziert. Aber was meine ich denn überhaupt mit Staat – oder anders formuliert: was finanzieren wir, wenn wir den Staat finanzieren? Es ist das, was wir Service Public nennen.

Service Public heisst soziale Absicherung, bezahlbare Gesundheit, funktionierende Infrastrukturen, Kommunikation, Schutz von unserer körperlichen Unversehrtheit und von unserem Besitz – ein Leben, ein Zusammenleben, das funktioniert. Eines, das sich alle leisten können.

Der Service Public ist mehr als einfach nur nützlich und angenehm. Er ist eine Versicherung für unsere Gesellschaft. Er garantiert, dass wir sozialen Frieden haben. Dass wir uns nicht gegenseitig bekämpfen auf der Strasse. Dass die Leute sich selbst sicher fühlen – und darum auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren für die Gesellschaft, für andere da zu sein.

Der soziale Friede bedeutet Stabilität für unser Land. Der soziale Friede ist – auch wenn er vielleicht nicht so genannt wird – deshalb auch ein wichtiges Argument für Unternehmen, wenn sie die Schweiz als Standort auswählen und hier Arbeitsplätze schaffen. Sie suchen Stabilität und Sicherheit, das ist für sie attraktiv, weil sie selbst weniger für die Sicherheit bezahlen und weniger Risiken eingehen müssen.

Der soziale Friede ist nicht einfach ein weltfremder Traum, sondern es gibt auch sehr handfeste wirtschaftliche Gründe, warum wir uns für ihn einsetzen. Er ist ein kostbares "Kapital", das uns, die Schweiz, von vielen anderen Ländern unterscheidet, wenn es um den Standortwettbewerb geht.

Aber eben, zurück zur Frage: Wer finanziert das? Natürlich wir alle. Dabei ist aber aus meiner Sicht klar, dass jede und jeder das bezahlen soll, was sie und er kann – und diejenigen, die gut leben, sollten und können darum mehr beitragen zum Erhalt der staatlichen Leistungen.

Das ist dann die finanzielle Entlastung für diejenigen, die unter dem Kaufkraftverlust am meisten leiden. Das ist letztlich Solidarität. Das Prinzip ist ja eigentlich sehr einfach, es hat sich historisch vielfach bewährt – ganz unabhängig von politischen Zuschreibungen, weil es niemandem wehtut und vielen etwas bringt. Weil es fair ist – Fairness wäre für Solidarität dann ein passendes moderneres Wort.

Denn es gibt ja auch Gegenwind: Oft wird ein Zerrbild dieser Solidarität gemalt mit dem schrecklich technischen, kalten Wort "Umverteilung" – oder sogar mit dem noch schrecklicheren, schon fast kriminell anmutenden Wort, das hinter der Umverteilung stecken soll: "Neid".

Lassen wir uns aber nicht von denen ins Bockshorn jagen, die uns Neid vorwerfen – oder die uns vorwerfen, wir wüssten nicht, wer den angeblichen Luxusstaat finanzieren soll. Nein, wir sind nicht neidisch und nein, wir sind nicht weltfremd. Sondern wir kämpfen dafür, dass die Finanzen in der Schweiz, auch wenn sie knapper werden, sinnvoll und nachhaltig eingesetzt werden und den Service Public sicherstellen. Dafür stehen wir ein – und dafür bezahlen wir auch selber, eben genau so viel, wie jede und jeder von uns kann. Da geht es nicht um Neid – es geht um Verantwortung, um Sicherheit, um Stabilität, um Wohlstand für alle.

Aber es ist natürlich so: Fairness oder Solidarität fällt nicht einfach vom Himmel. Sie wird nicht hergestellt von einer unsichtbaren Hand. Man muss sie politisch wollen. Sie muss von der Politik gelebt werden – und damit letztlich auch von denen, die die Politikerinnen und Politiker wählen.

Die aktuelle Situation der sinkenden Kaufkraft – auch wenn wir sie uns nicht gewünscht haben – ist die Gelegenheit, die wir nutzen müssen. Wir müssen den Menschen erklären, wie unser Staat funktioniert. Dass man sich engagieren muss, dass man die richtigen Leute wählen muss, dass man abstimmen gehen muss – und dass das dann auch eine ganz konkrete Wirkung hat auf das eigene Leben. Es ist sehr wichtig, dass die Menschen merken, dass der Staat für sie da ist und dass sie Teil des Staates sind.

Der Staat ist auch nicht "das System" oder "Das Böse", als das er zum Beispiel oft in Propaganda-Kanälen auf den sozialen Medien dargestellt wird. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, hier befinden wir uns noch in einem anderen Kampf – in einem, der sich jenseits von links und rechts bewegt. Denn diese Propaganda wirkt gerade bei denjenigen am besten, die unzufrieden sind, weil sie zum Beispiel eben von Armut bedroht sind oder das Gefühl haben, ungerecht behandelt zu werden – bei denjenigen, die, wie ich am Anfang ausgeführt habe, sich ausgeschlossen fühlen. Denn wer sich ausgeschlossen fühlt, ist viel eher bereit, Verschwörungstheorien zu verfallen und sich so vielleicht sogar gegen die Demokratie zu stellen,

Solidarität und Fairness sind also auch die Grundlage für unsere Demokratie.

Wenn ich von Solidarität spreche, dann meine ich auch die internationale Solidarität. Damit möchte ich ein zweites, aktuelles Thema ansprechen, das mir am Herzen liegt.

Denn unsere Beziehung zu Europa ist wichtig. Und dass der Bundesrat mit der EU verhandelt, ist richtig und gut – auch für die Angestellten. Wir sind in der Schweiz eine offene Gesellschaft – und auch eine offene Wirtschaft. Wir sind ein zu kleines Land, als dass wir uns nur mit uns selbst beschäftigen könnten.

Deshalb müssen wir uns bei dieser Diskussion im Klaren darüber sein, was wichtig ist für uns. Wir wollen gute Arbeitsplätze hier in der Schweiz, bei denen wir gute Löhne erhalten, weil Unternehmen erfolgreich sind, und das sind sie auch dank dem Ausland und im Ausland.

Wenn wir auch in Zukunft offen sein wollen und ein geregeltes Verhältnis zu Europa haben wollen, dann müssen alle Sozialpartner Kompromisse machen. Den 5er und das Weggli bekommen die Arbeitgeber nicht, aber wir bekommen ihn auch nicht. Auch wenn politische Verhandlungen hart sein müssen: Konzentrieren wir uns auf das, was wichtig ist – und nicht auf Nebensächlichkeiten. Konzentrieren wir uns auf faire Löhne, und kämpfen wir nicht Scheingefechte um Aspekte, die nicht entscheidend sind.

Ich werde einen gemeinsamen Weg mit der EU immer unterstützen – nicht nur im Interesse der Unternehmen, sondern auch im Interesse von ihren Angestellten. Nicht nur in meiner Rolle als Regierungsrat, sondern weil ich auch persönlich davon überzeugt bin, dass das richtig ist.

Wir verlangen Solidarität, wir müssen Sie auch selber bieten – auch international. Wir dürfen uns nicht einigeln. So wie uns die Freiheit von den Menschen in der Ukraine und von den israelischen Geiseln nicht egal sein darf, so darf uns auch unser Weg zusammen mit Europa nicht egal sein. Die Herausforderungen, die auf uns warten – ob Klimawandel oder Autokraten und Terroristen, die unsere Freiheit und Demokratie angreifen wollen – können wir nicht im Alleingang in der Schweiz bewältigen. Das können wir nur in der internationalen Gemeinschaft.

Es bleibt viel zu tun. Kämpfen wir für eine solidarische Gesellschaft, die niemanden ausschliesst. Kämpfen wir für Solidarität – nach innen und nach aussen.

Ich wünsche uns einen schönen 1. Mai!